

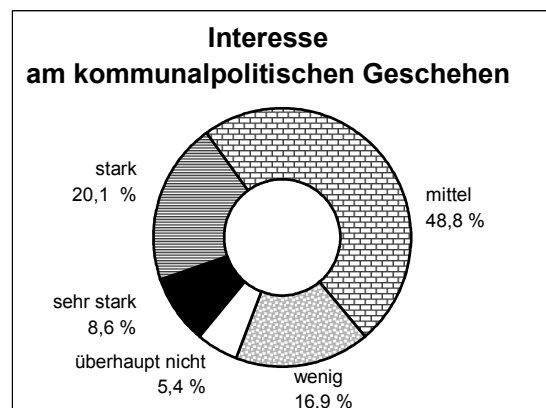


## Politische Konstellationen und politische FunktionsträgerInnen in der Wahrnehmung der WiesbadenerInnen

Das Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Politik in den verschiedenen Facetten und einzelnen Dimensionen war seit Beginn der Umfragen zur Stadtentwicklung 1986 fortwährender, fester Bestandteil des **WIESBADENER LOCALBAROMETERS**.

Auch in der jüngsten repräsentativen Befragung von 1 000 Personen im November/Dezember 1998 bildete die Anteilnahme der Bevölkerung an der lokalen Politik einen Ausgangspunkt im Themenkomplex Politik/Verwaltung und Bürgerschaft. Dabei kann das politische Interesse zunächst einmal als Indikator für das Maß an Bereitschaft gelten, Informationen über politische Sachverhalte aufzunehmen und den Ablauf der Politik zu verfolgen. Im lokalen Kontext gibt die kommunalpolitische Anteilnahme darüber hinaus auch Hinweise darauf, wie stark sich die Bevölkerung mit dem Geschehen vor Ort auseinandersetzt und sich in gewisser Weise mit der Kommune verbunden bzw. involviert fühlt.

Auf die Frage, wie stark sie sich für das interessieren, was Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung in Wiesbaden machen, bekundeten rd. 29 % der Befragten ein intensives Interesse am kommunalpolitischen Geschehen, wenig oder überhaupt nicht interessiert waren 22 %, während sich 49 % der Personen, also knapp die Hälfte aller Befragten, als gemäßigt Interessierte charakterisierten.



Zu denjenigen, die von sich behaupten, **sehr stark** an der Lokalpolitik interessiert zu sein, gehören überdurchschnittlich viele Männer, Bezieher hoher Einkommen (ab 6 000 DM netto) und auch Alteingesessene (über 20 Jahre in Wiesbaden). Die Befunde

↳ **politische Konstellationen ...**

sagen darüber hinaus, daß das kommunalpolitische Interesse vom Alter abhängig ist. Je jünger der Befragte (Mindestalter 18 Jahre), desto geringer ist das Maß der politischen Anteilnahme. Dieser Sachverhalt trifft auch auf die Personen zu, die in **starkem** Maße den Ablauf der Politik vor Ort verfolgen. Wiederum sind es die älteren WiesbadenerInnen, die überdurchschnittlich stark bereit sind, sich über lokalpolitische Sachverhalte zu informieren. Dies kann auch von Beziehern mittleren Einkommens (2 000 bis 6 000 DM netto) gesagt werden, während der Geburtsstatus (gebürtige WiesbadenerInnen) keinen Einfluß auf das lokalpolitische Interesse zu haben scheint.

In die Kategorie der gemäßigt ("**mittel**") am Lokalgeschehen Interessierten reihen sich überdurchschnittlich viele Frauen und jüngere WiesbadenerInnen (zwischen 18 und 44 Jahre) ein. Von den Berufstätigen sind es vor allem einfache Angestellte und Beamte sowie von den Familien mit Kindern, diejenigen mit jüngerem Nachwuchs bis 10 Jahre, die von sich sagen, in mittlerem Maße am Kommunalgeschehen teilzunehmen. Unter Einbeziehung der Wohnadresse läßt sich des weiteren erkennen, daß sich die Bewohnerschaft des Sozialen Woh-

nungsbaus ebenfalls in überdurchschnittlichem Maße den gemäßigt-Interessierten zurechnen.

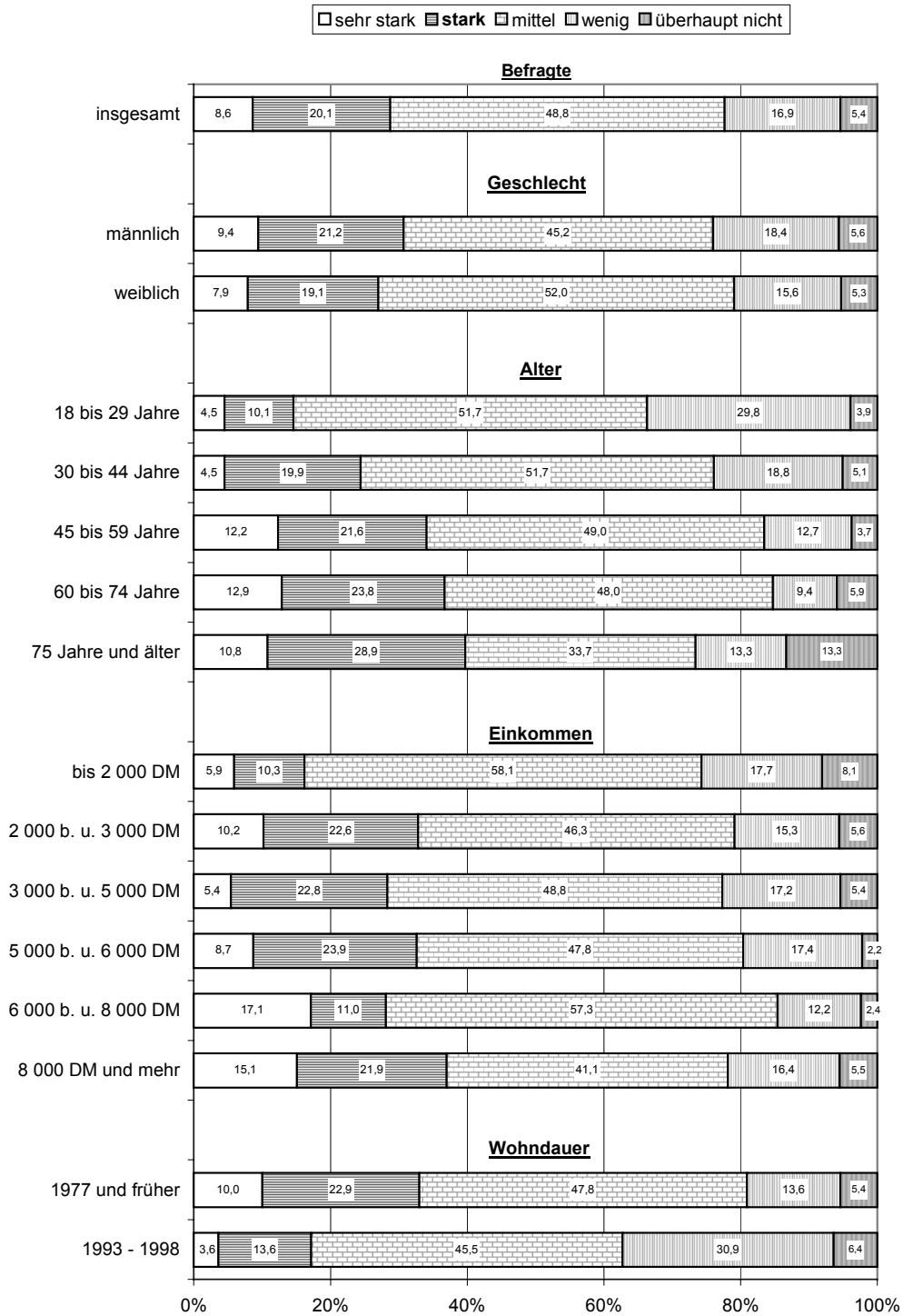
Wie schon erwähnt, besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Alter des Befragten und seinem Interesse, den Ablauf der Politik vor Ort zu verfolgen. So verwundert es nicht, daß in stark überdurchschnittlichem Maße die jüngste Altersgruppe (18 bis 29 Jahre) von sich sagt, daß sie am kommunalpolitischen Geschehen **wenig** interessiert sei. Damit konform geht, daß dies auch für junge Alleinstehende und junge Ehepaare zutrifft wie auch für Neu-Zugezogene (Wohndauer unter 5 Jahre). Darüber hinaus scheinen sich auch bessergebildete Personen (Abitur/Studium) und qualifizierte Angestellte und Beamte wenig um lokalpolitische Sachverhalte zu kümmern.

Markant für den **Desinteressierten** sind letztlich folgende Merkmale: Alt an Jahren (75 Jahre und älter) und alleinstehend (1 Personen-Haushalt).

Betrachtet man nicht nur das Niveau des kommunalpolitischen Interesses bzw. Desinteresses bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, sondern schließt auch die bisherige Entwicklung mit ein, dann läßt sich feststellen, daß sich die Bereitschaft, Informatio-

**Frage:**

Wie stark interessieren Sie sich für das, was Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung in Wiesbaden machen?



Quelle: Umfrage 1998; Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

AZ: 0570\_98\_171.XLS

↳ politische Konstellationen ...

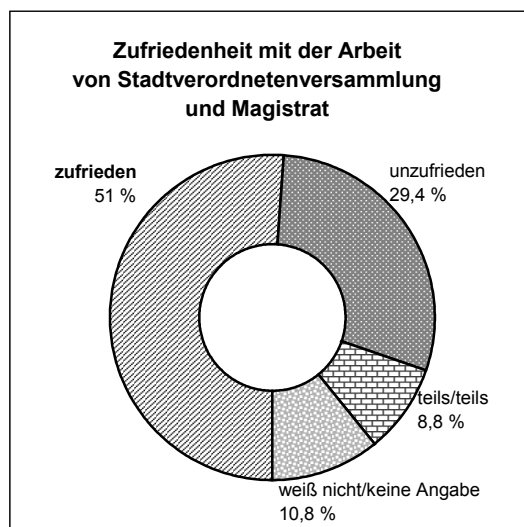
nen über das lokalpolitische Geschehen aufzunehmen, im Laufe der letzten 12 Jahre erhöht und möglicherweise stabilisiert hat. Waren es 1986 noch 44 % der Befragten, die kaum Teilnahme an der Kommunalpolitik in der Landeshauptstadt bekundeten, so sind es 1998 nur noch halb soviel. D. h. auch: Rund 78 % der WiesbadenerInnen verfolgten 1998 den Ablauf der lokalen Politik mit großem bis gemäßigttem Interesse, 1986 waren dies nur 55 %.

Interesse an der Kommunalpolitik				
Frage: Wie stark interessieren Sie sich für das, was Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung in Wiesbaden machen?				
Umfrage	Befragte insgesamt	Politisches Interesse		
		sehr stark/ stark	mittel	wenig/ überhaupt nicht
	abs.	in %		
1986	1 000	24,4	30,5	44,1
1988	1 008	24,5	38,7	35,7
1990	1 012	20,3	44,1	34,7
1992	1 002	28,3	46,0	25,1
1996	1 000	21,8	47,3	30,6
1998	1 000	28,7	48,8	22,3

Quelle: Umfrage zur Stadtentwicklung 1986 - 1998  
Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

Für das Verhältnis zwischen Bürgerschaft und politisch-administrativem System ist aber nicht nur die Teilnahme an der Lokalpolitik von Bedeutung, sondern insbesondere auch die Einschätzung bzw. Beurteilung der politischen Arbeit der verantwortlichen Gremien durch die BürgerInnen.

Um es vorweg zu nehmen: Mehr als die Hälfte der Befragten war mit der politischen Tätigkeit zufrieden. Denn auf die Frage: "Wie beurteilen Sie die Arbeit von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat", brachten 51 % der WiesbadenerInnen ihre Zufriedenheit mit den beiden Institutionen zum Ausdruck, gut 29 % waren mit deren Arbeit unzufrieden; 9 % äußerten sich ambivalent und 11 % der Befragten wollten oder konnten sich zur Arbeit von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat nicht äußern.

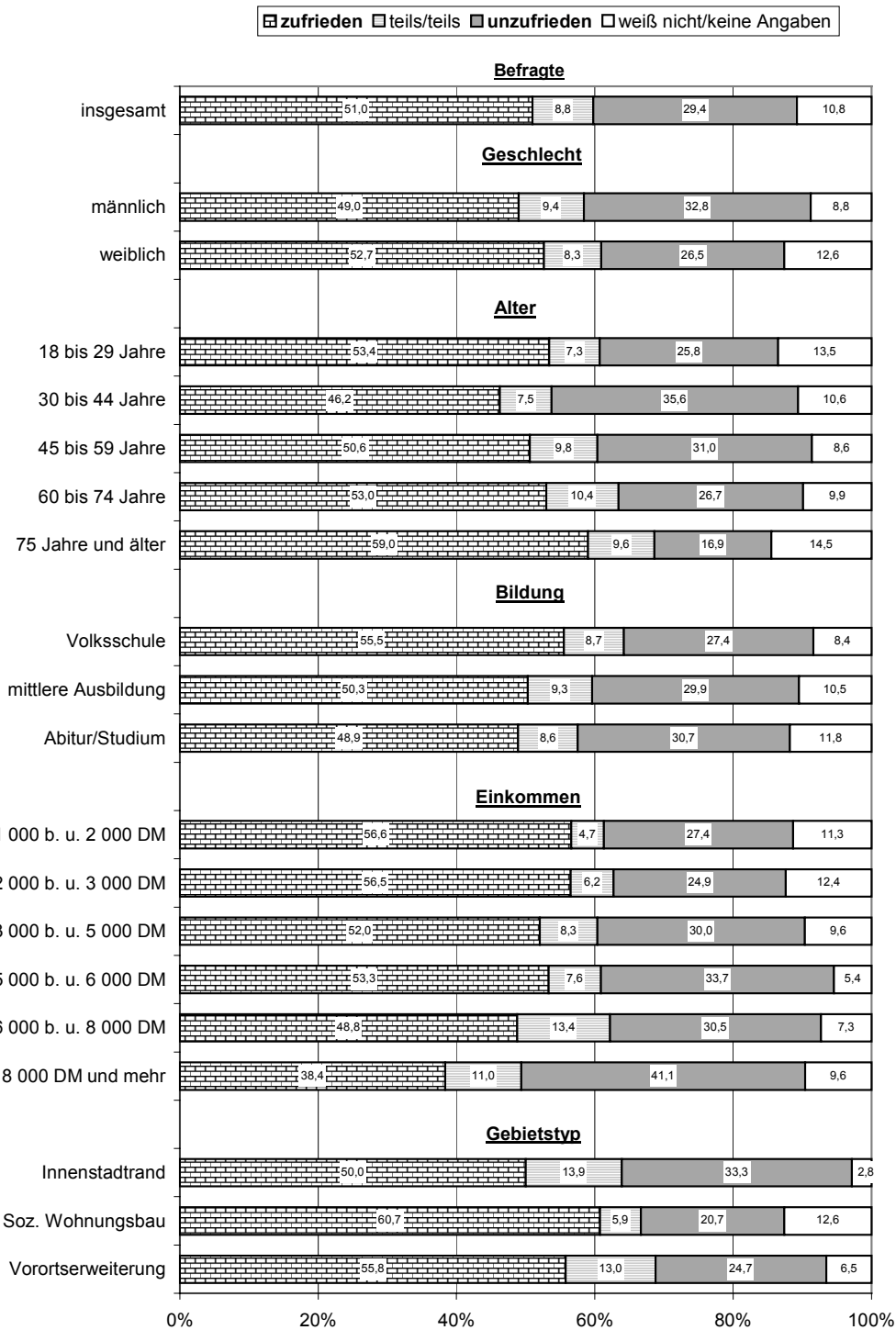


Die Beurteilungsfähigkeit der politischen Arbeit der beiden Gremien scheint hauptsächlich von zwei Faktoren abhängig zu sein: Von der Wohndauer und dem Alter der Befragten.

**Frage:**

Wie beurteilen Sie die Arbeit von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat?

Sind Sie damit **zufrieden** oder eher **unzufrieden**?



Quelle: Umfrage 1998; Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

AZ: 0570\_98\_172.XLS

↳ **politische Konstellationen ...**

So ist es eigentlich gut nachvollziehbar, daß sich NeubürgerInnen (unter 5 Jahren in Wiesbaden wohnhaft) bei der Beurteilung der Arbeit der politischen Gremien schwer tun. Auch junge Alleinstehende und Senioren ab 75 Jahre wollten sich über die Tätigkeit von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat in verstärktem Maße nicht äußern. Andererseits waren es gerade diese Älteren, die sich überdurchschnittlich zufrieden mit der politischen Gremienarbeit zeigten. Auch Personen mit Volksschulbildung, Nichtberufstätige und solche, die über ein Netto-Einkommen zwischen 1 000 und 3 000 DM verfügten, äußerten vermehrt ihre Zufriedenheit mit der politischen Tätigkeit der *"Stadtregierung"*. In diesem Kreis der überproportional Zufriedenen sind auch die BewohnerInnen des Sozialen Wohnungsbaus wie die der Vorortserweiterungen zu finden. Zu ihnen gesellen sich noch die WiesbadenerInnen, die in die politischen Verhältnisse schon gewisse Einblicke nehmen konnten, d. h. seit mindestens 5 bis 10 Jahren in der Landeshauptstadt wohnten.

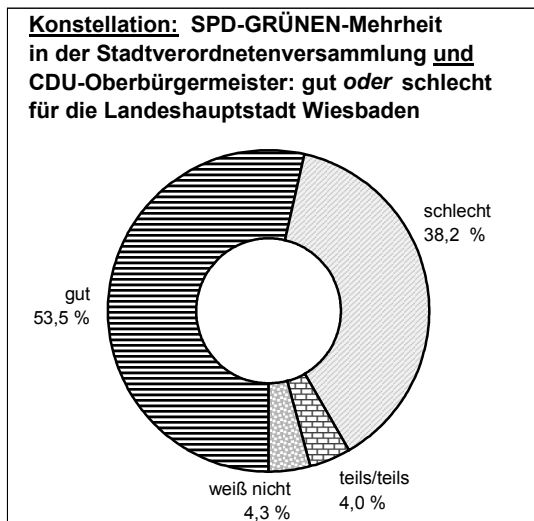
Dagegen zeigten sich die männlichen Personen überdurchschnittlich unzufrieden mit der *"Stadtregierung"*. Auch der Altersgruppe der 30 bis 44jährigen sowie ökonomisch Potenten (Einkom-

men von 8 000 DM und mehr) mißfiel die politische Arbeit von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in stärkerem Maße als im Durchschnitt.

Zu diesen Kritikern lassen sich in der Tendenz auch die gebürtigen WiesbadenerInnen zählen, wie auch solche, die am Rande der Innenstadt wohnen. Eine ambivalente Haltung zur *"Stadtregierung"* nahmen insgesamt 9 % der Befragten ein; davon wichen die einzelnen Bevölkerungsgruppen nur unwesentlich ab.

Mit der seit 1993 möglich gewordenen Direktwahl des (Ober-)Bürgermeisters haben sich in den hessischen Gemeinden unterschiedliche politische Konstellationen innerhalb der *"Stadtregierung"* herausgebildet. In Wiesbaden führte die gleichzeitig durchgeführte Wahl von Oberbürgermeister und Stadtverordneten zu dem bekannten Ergebnis, daß einer parlamentarischen Mehrheit von **SPD** und **GRÜNEN** ein Oberbürgermeister gegenüber steht, der seine politische Heimat in der **CDU** hat. Nicht nur in Wiesbaden wurden Befürchtungen laut, daß eine solche politische Konstellation zu erheblichen Reibungsverlusten, unnötigem Stillstand in der Arbeit zwischen Stadtverordnetenversammlung und Magistrat bzw. Ober-

bürgermeister führen würde. Diesen Eindruck hatte die Wiesbadener Bürgerschaft von der bisherigen Arbeit der "Stadtregierung" jedoch nicht. Denn mit der Frage konfrontiert, ob die jetzige Machtkonstellation für die Landeshauptstadt Wiesbaden gut oder eher schlecht sei, waren knapp 54 % der Befragten der Meinung, eine solche Situation sei für die Stadt gut, während 38 % sie als schlecht einstufen und jeweils 4 % sich entweder ambivalent oder unwissend verhielten.



Zu der Bevölkerungsgruppe, die die jetzige Machtsituation im Rathaus als positiv für Wiesbaden ansieht, gehören verstärkt Frauen, ältere Menschen sowie solche Personen, die eher über eine geringe Schulbildung oder gerin-

ges Einkommen verfügen. Auch Nichtberufstätige hielten vermehrt die jetzige Konstellation für die Stadt für gut, ebenso wie NeubürgerInnen (weniger als 5 Jahre in Wiesbaden wohnhaft) und BewohnerInnen der Vorortserweiterungen und des Sozialen Wohnungsbaus.

Nahezu spiegelbildlich dazu setzen sich die Kritiker der jetzigen politischen Konstellation im Rathaus zusammen. Es sind Männer, Bessergebildete, Besserverdienende sowie Berufstätige, die verstärkt die bestehenden Machtverhältnisse schlecht für die Stadt halten. Zu ihnen gesellen sich noch die City- und Cityrandbewohnerschaft und tendenziell auch solche Teile der Bevölkerung, die schon langjährig in Wiesbaden wohnen.

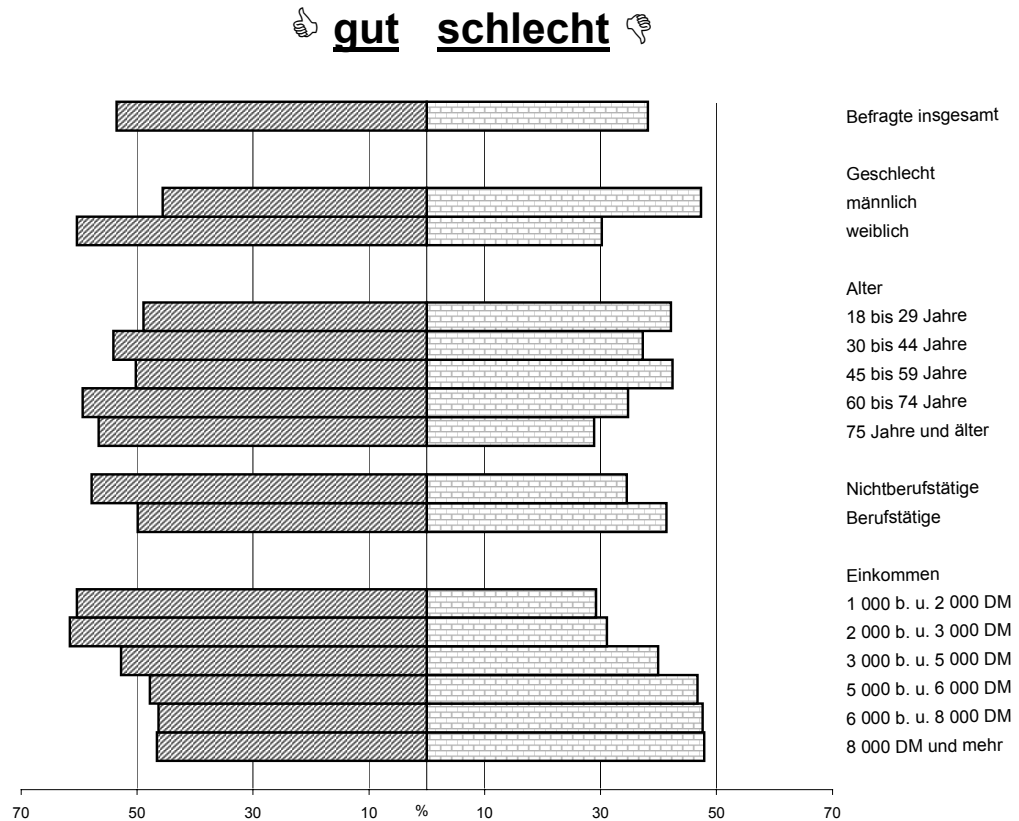
Auffälligkeiten bei der Gruppe der Befragten, die sowohl Gutes als auch Schlechtes für Wiesbaden aufgrund der Machtkonstellation zwischen Stadtverordnetenversammlung und Magistrat bzw. Oberbürgermeister erwarten, ließen sich dagegen nicht feststellen.

↳ politische Konstellationen ...

**Frage:**

In Wiesbaden gibt es eine **rot-grüne** Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung und einen **CDU**-Oberbürgermeister.

Haben Sie den Eindruck, daß diese Situation für die Stadt **gut** oder **eher schlecht** ist?



Quelle: Umfrage 1998; Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

AZ: 0570\_98\_178.XLS

Von erheblicher Bedeutung für das Verhältnis von Bürgerschaft und politisch-administrativem System sind nicht zuletzt die Partizipationschancen, also die Möglichkeiten auf das politische Geschehen Einfluß zu nehmen.

Gerade in den letzten Jahren ist der Ruf nach mehr BürgerInnen-Beteiligung, nach stärkerer inhaltlicher Einbindung der Bevölkerung in die Stadt-

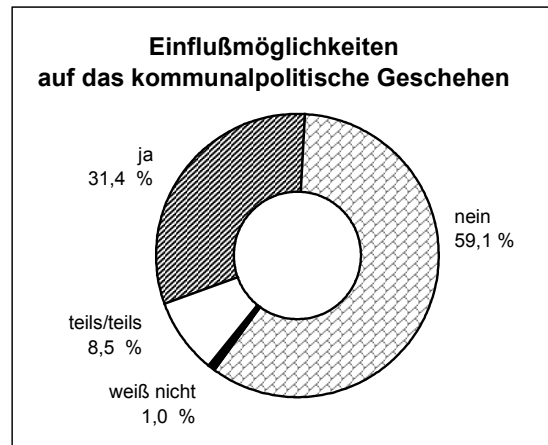
entwicklungs- und -gestaltungsprozesse wieder lauter geworden. Zwar sind mit den Änderungen der hessischen Gemeindeordnung 1993 auch die Beteiligungsmöglichkeiten der BürgerInnen durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid erweitert worden, diese bewegen sich jedoch überwiegend in formalem Rahmen. Dies ist konstitutiv für eine repräsentative Demokratie, bei der in erster Linie diejenigen zur ent-



wicklungspolitischen Gestaltung befähigt werden, die andere als Mandats-träger repräsentieren oder zur jeweiligen Exekutive gehören. Auf sie können BürgerInnen Einfluß nehmen. Die repräsentative Demokratie begünstigt also denjenigen, der eine politische Rolle (Funktionsträger) übernimmt und macht dem *"Gelegenheitspolitiker"* das Leben schwer. Das repräsentative Moment bedeutet weithin Verzicht auf die Mithilfe derer, die allenfalls gelegentlich aktiv sein wollen, und damit auch auf spontane Kreativität.

Da dem Prozeß der politischen Willensbildung der Rückgriff auf bürgerliche Spontaneität fremd ist, ist ein gewisses Maß an Machtlosigkeitsgefühlen bei der Bürgerschaft strukturell schon vorprogrammiert, wenn sie sich als *"GelegenheitspolitikerInnen"* betätigen wollen. Diesen Sachverhalt gilt es nicht zu vergessen, wenn die vielfach beklagten Ohnmachtsgefühle der BürgerInnen im kommunalpolitischen Wirken konstatiert werden.

Auch die Befunde des **WIESBADENER LOKALBAROMETERS** zu den Beteiligungsmöglichkeiten der BürgerInnen am lokalpolitischen Geschehen dokumentieren dies. Denn befragt nach den Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene, schätzte die Mehrheit der BürgerInnen ihren Einfluß gering ein. Gut 31 % der Befragten hatten den Eindruck, auf das Kommunalgeschehen Einfluß nehmen zu können, während knapp 60 % eine solche Möglichkeit verneinten. 9 % der BürgerInnen hatten ihre Gestaltungsmöglichkeiten hingegen noch nicht ausgelotet.



Will man diejenigen charakterisieren, die gute Partizipationschancen im lokalpolitischen Bereich ausmachen, dann sind dies vor allem Angehörige der Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahre, bessergebildete Personen (Abitur/Studium), 1-Personen-Haushalte sowie StadtbewohnerInnen, die

↳ politische Konstellationen ...

seit 10 Jahren oder kürzer in Wiesbaden leben.

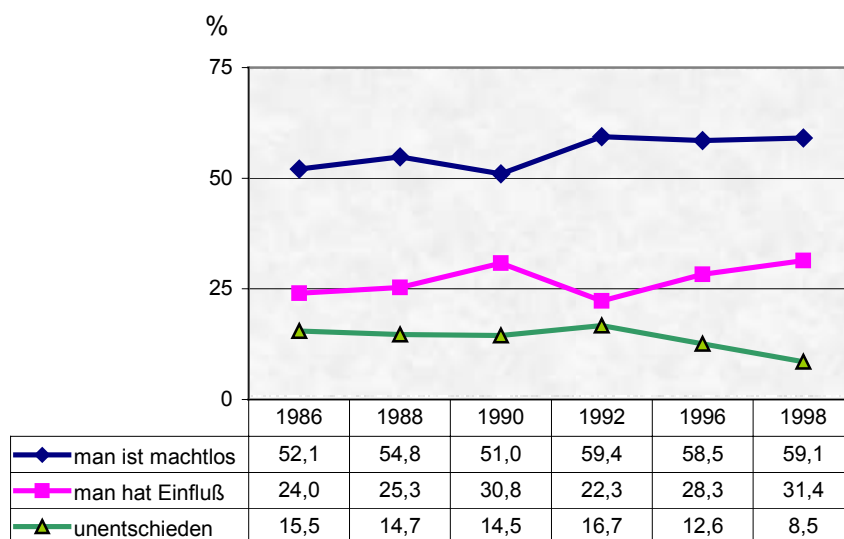
Zu den "Machtlosen" zählten sich dagegen vermehrt die Älteren ab 60 Jahre, Personen mit Volksschulbildung oder geringem Einkommen (bis 2 000 DM netto) sowie gebürtige WiesbadenerInnen. Darüber hinaus sahen auch in stärkerem Maße die BewohnerInnen des Sozialen Wohnungsbaus wie der Vorortserweiterungen keine Mitwirkungschancen. Den BesitzerInnen von Wohneigentum ging es im übrigen genauso.

Wie die WiesbadenerInnen ihre Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene über die Jahre hinweg einschätzten, zeigt das folgende Bild. Danach scheinen sich die BürgerInnen zumindest über ihre Mitwirkungschancen im Laufe der Zeit klarer geworden zu sein, denn diejenigen, die ihre Einflußmöglichkeiten noch nicht ausloten konnten, haben sich sukzessive verringert. Dafür hat sich bei den WiesbadenerInnen sowohl der Eindruck verstärkt, sich stärker in das lokale Geschehen einbringen zu können, als auch das Gefühl, im lokalpolitischen Geschäft abseits stehen zu müssen.

**Frage:**

Was ist Ihr Eindruck:

Hat man als BürgerIn Einfluß auf das, was hier in **WIESBADEN** geschieht oder ist man da machtlos?



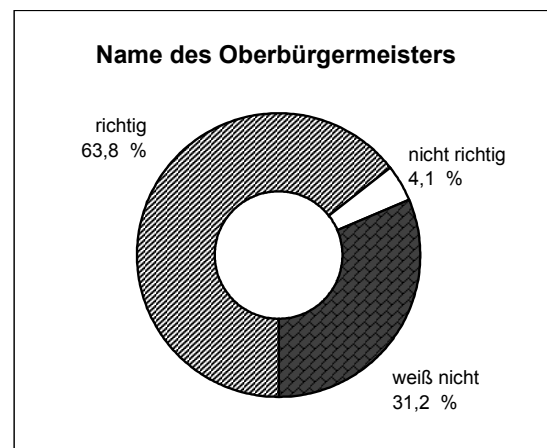
Quelle: Umfrage zur Stadtentwicklung 1986 bis 1998, Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

AZ: 0570\_98\_19.XLS

↳ **politische FunktionsträgerInnen ...**

Von den politischen FunktionsträgerInnen auf kommunaler Ebene kommt dem/der OberbürgermeisterIn aus vielerlei Gründen eine Schlüsselrolle zu. Zum einen ist es die Ausstattung des Amtes mit gewichtigen Kompetenzen, der Hauptamtlichkeit der AmtsinhaberInnen gegenüber einer Stadtverordnetenversammlung von *"FeierabendpolitikerInnen"* und dem Verfügen über einen administrativen Apparat. Zum anderen üben die OberbürgermeisterInnen im Rahmen des politischen Systems insofern eine zentrale Funktion aus, als Kommunalpolitik der Ort ist, wo allgemeine abstrakte Politikprogramme und Gesetze, die in Bonn oder Hessen gemacht worden sind, hier auf den Boden der Tatsachen treffen und auf die Realität angewandt werden müssen. Des Weiteren ist die/der OberbürgermeisterIn von den BürgerInnen her gesehen immer auch die Person, in der für sie Verwaltung faßbar wird, ihre Abstraktheit und Ferne verliert. Kurz: Machtfülle wie auch die Allgegenwärtigkeit führen dazu, daß der/die OberbürgermeisterIn in der Regel auch die nach außen und innen bekannteste Persönlichkeit des öffentlichen Lebens einer Stadt ist.

Auf die Frage nach dem Namen des Wiesbadener Oberbürgermeisters gaben im November/Dezember 1998 rd. 64 % der Befragten die richtige Antwort: Hildebrand **DIEHL**. Ein geringer Anteil nannte einen anderen Namen, u. a. auch den ehemaligen Oberbürgermeister Exner (2,8 %) und gut 31 % erwiesen sich in dieser Frage als unkundig.

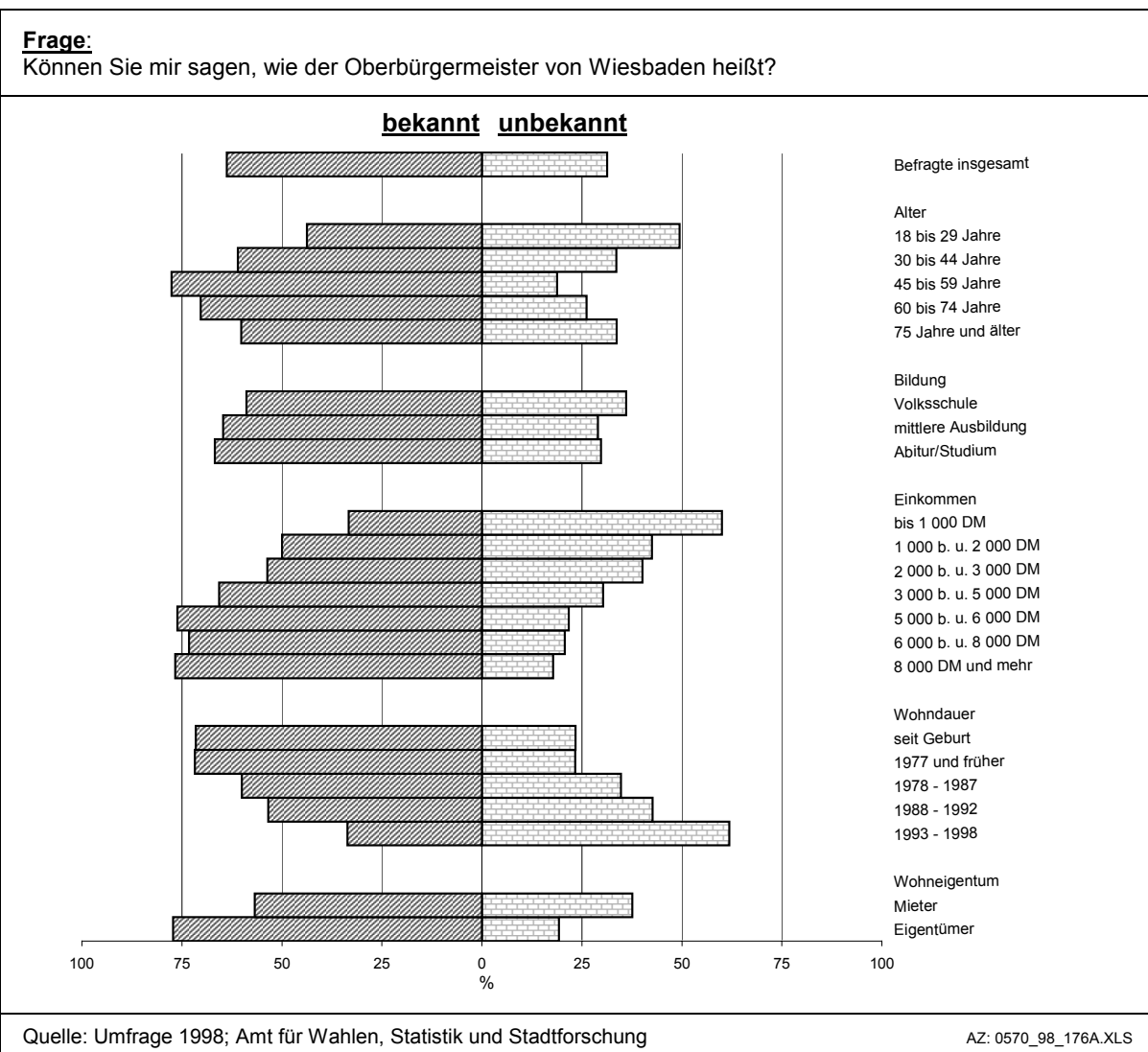


Auch in den früheren Umfragen zur Stadtentwicklung wurde nach dem Bekanntheitsgrad des amtierenden Oberbürgermeisters gefragt. Ein Vergleich mit dem ehemaligen Oberbürgermeister verbietet sich jedoch, da die beiden Repräsentanten auf unterschiedliche politische Karrieren zurückblicken können, die ihnen ein unterschiedliches Maß gewährten, ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu treten.

↳ politische FunktionsträgerInnen ...

Fragt man sich, bei welchen Bevölkerungskreisen Oberbürgermeister Diehl einen höheren Bekanntheitsgrad als im Durchschnitt hat, dann lassen sich folgende Gruppen finden: Es sind die älteren WiesbadenerInnen zwischen 45 und 74 Jahren, gebürtige WiesbadenerInnen und Alteingesessene. Vermehrt wohnen sie im alten Ortskern der Vorortsgebiete oder sind Eigentümer von Wohnraum. Einfluß auf den

Bekanntheitsgrad des Oberbürgermeisters haben auch Bildung und Einkommen. D. h. je höher die Bildung bzw. das Einkommen ist, desto größer ist der Bekanntheitsgrad des Oberbürgermeisters. Der jetzige Amtsinhaber kann von sich behaupten, daß er bei 71 % der Angehörigen leitender Berufe und bei Dreiviertel aller EinkommensbezieherInnen ab 5 000 DM netto bekannt ist.



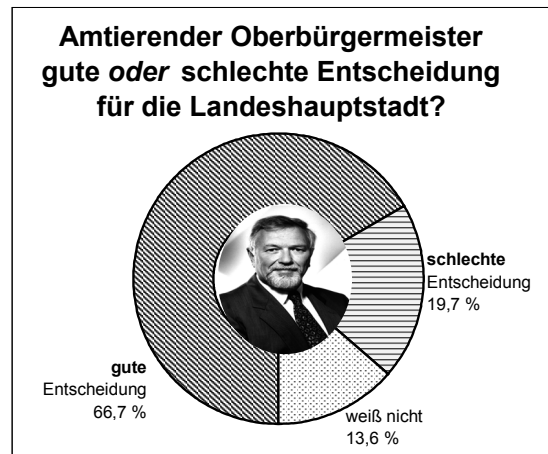
↳ **politische FunktionsträgerInnen ...**

"Nachholbedarf" hat der amtierende Oberbürgermeister dagegen vor allem bei folgenden Bevölkerungsgruppen: Bei den jüngeren EinwohnerInnen (18 bis 29 Jahre), den sozial Schwächeren (Einkommen bis 3 000 DM netto) und solchen Personen, die noch nicht so lange in Wiesbaden wohnen (Wohndauer unter 10 Jahre). In allen drei genannten Bevölkerungskreisen war der Amtsinhaber rund der Hälfte unbekannt. Auch in Gebieten des Sozialen Wohnungsbaus war der Name des jetzigen Oberbürgermeisters 44 % der Befragten nicht präsent.

Die Bekanntheit eines politischen Repräsentanten ist prinzipiell unabhängig von dessen Akzeptanz. Für den/die InhaberIn eines Oberbürgermeisteramtes ist es aufgrund der vielfältigen Funktionen, die er/sie gerade im Interesse der lokalen Bürgerschaft ausübt, jedoch notwendig, daß ihm/ihr von seiten der Bevölkerung auch eine gewisse Anerkennung entgegengebracht wird.

Zweidrittel der befragten WiesbadenerInnen äußerten sich über den höchsten Funktionsträger der Stadt in der jüngsten Umfrage positiv; der jetzige Oberbürgermeister Diehl ist für sie eine gute Entscheidung für Wiesbaden. Dagegen glaubte jeder Fünfte, daß ihre Interessen und Vorstellungen bei

ihm nicht gut aufgehoben sind und 14 % war die Situation zu intransparent, sie wollten oder konnten sich zu keiner klaren Aussage durchringen.



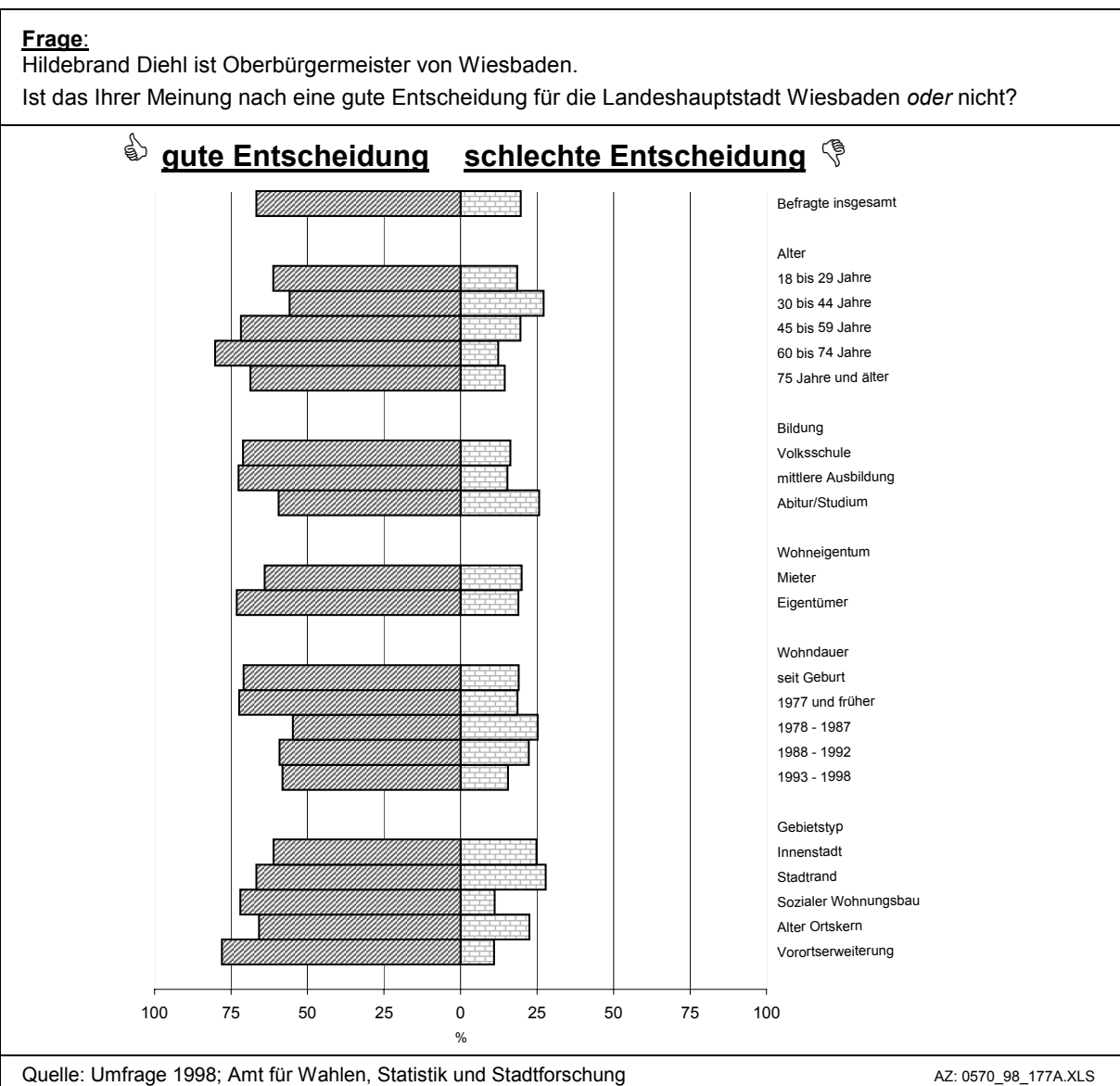
Auch bei dieser Frage verbietet sich der Vergleich mit früheren Befunden des **WIESBADENER LOKALBAROMETERS**, da der amtierende Oberbürgermeister durch einen institutionell anderen Modus in sein Amt gelangte (Direktwahl) als sein Vorgänger. Dieser Sachverhalt hat sicherlich auch Auswirkungen auf das Akzeptanzniveau des höchsten Funktionsträgers der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Ein Vergleich zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinsichtlich ihrer Wertschätzung des Oberbürgermeisters lohnt sich dagegen allemal. Wiederum waren es die älteren Personenkreise, die gebürtigen WiesbadenerInnen und Alteingesessenen,

↳ politische FunktionsträgerInnen ...

die den jetzigen Amtsinhaber als gute Entscheidung für die Landeshauptstadt empfinden. Ja, in den Bevölkerungskreisen, in denen der Oberbürgermeister einen überdurchschnittlich hohen Bekanntheitsgrad erreichen konnte, war die Akzeptanz seiner Person auch am größten; so auch bei den Eigentümern an Wohnraum und der

Bewohnerschaft der Vorortserweiterungen. Unerwartet ist dagegen der Sachverhalt, daß der Amtsinhaber auch in Gebieten des Sozialen Wohnungsbaus und bei weniger gebildeten Personen eine hohe Wertschätzung erfährt. In diesen Gebieten bzw. Kreisen war der höchste Funktionsträger der Stadt nur unterdurchschnittlich bekannt.



Bessergebildete (Abitur/Studium), Angehörige der Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahren und City- wie CityrandbewohnerInnen muß man dagegen zu dem Personenkreis zählen, bei dem der Oberbürgermeister auf keine gute Resonanz gestoßen ist. Insbesondere diese Bevölkerungsgruppen hielten ihn für keine gute Entscheidung für die Landeshauptstadt Wiesbaden.

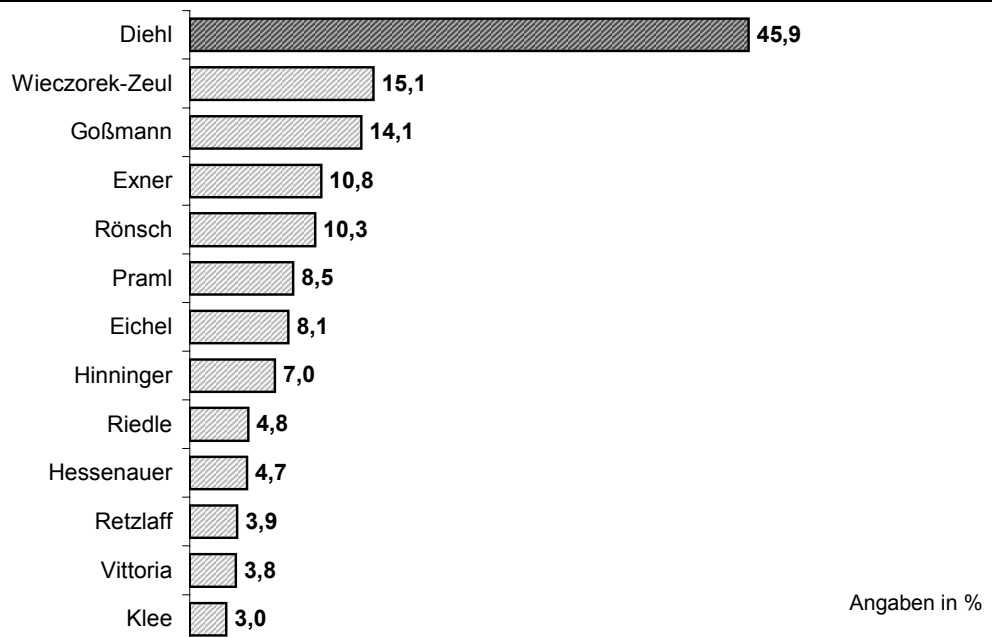
Mit den Fragen zur Person des höchsten Funktionsträgers dieser Stadt ist das personelle Element im politischen Bereich, dem ja auf kommunaler Ebene eine besondere Rolle zukommt, noch nicht ausgelotet. Die WiesbadenerInnen wurden auch danach gefragt, wer ihrer Meinung nach

**die fünf wichtigsten PolitikerInnen** in der Landeshauptstadt sind.

Da sich in Wiesbaden als Hauptstadt Hessens und Sitz der Landesregierung kommunale und landespolitische Angelegenheiten und Personen vermischen, konkurrieren in der Wahrnehmung der BürgerInnen die verschiedensten FunktionsträgerInnen. Dieser Sachverhalt tat jedoch der Tatsache keinen Abbruch, daß von keinem/er der (Landes-/Bundes-)PolitikerInnen der Funktion und Person des Oberbürgermeisters Relevanz und Popularität streitig gemacht werden konnten. Denn mit Abstand am häufigsten wurde Hildebrand Diehl als wichtigster Politiker der Landeshauptstadt genannt.

**Frage:**

Können Sie mir vielleicht die Namen der für Sie **fünf wichtigsten PolitikerInnen** in Wiesbaden nennen?



Quelle: Umfrage 1998; Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

AZ: 0570\_98\_175.XLS

↳ **politische FunktionsträgerInnen ...**

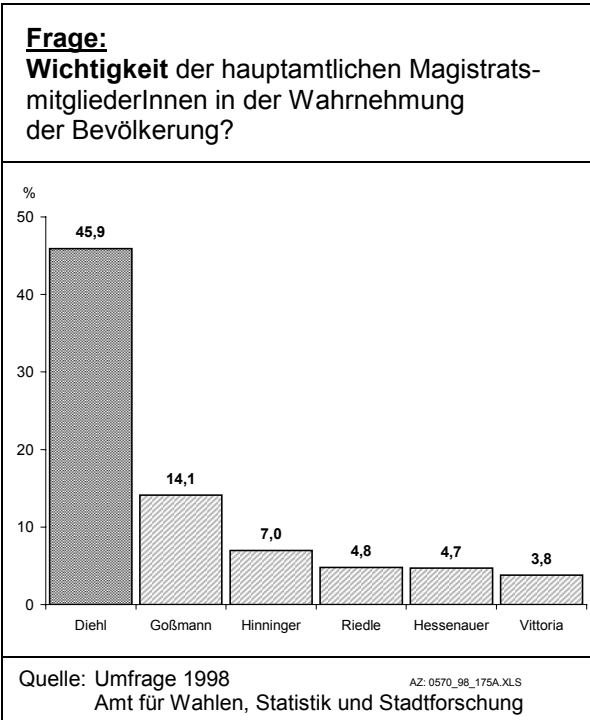
Im Kreis der fünf wichtigsten PolitikerInnen befanden sich entsprechend ihrer Reihenfolge noch folgende Repräsentanten: Heidemarie Wieczorek-Zeul, Holger Goßmann, Achim Exner und Hannelore Rönsch. Auf der Relevanzskala folgten dann Rolf Praml, der (Alt-)Ministerpräsident Hans Eichel sowie die hauptamtlichen DezernentInnen Christiane Hinninger, Peter Riedle, Wolfgang Hessenauer und Inge Vittoria. Von den ehrenamtlichen Mitgliedern des Magistrats konnte sich keines in nennenswerter Weise in Szene setzen. Dagegen wählten noch 4 % bzw. 3 % den Stadtverordnetenvorsteher Günter Retzlaff bzw. den Landtagsabgeordneten Horst Klee in den Kreis der fünf wichtigsten Politiker.

Weitere (ehemalige) Funktionsträger auf Landesebene wurden genannt, wie Josef Fischer (1,7 %), Manfred Kantner (1,2 %) und Michael Maus (1,1 %).

Von etwa der gleichen Anzahl von Befragten (1,4 %) wurde auch der Kommunalpolitiker Lupp für sehr relevant angesehen und lag damit sogar noch vor dem angehenden hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (1,2 %). Nicht verschwiegen werden soll, daß sich über ein Drittel der WiesbadenerInnen (34,8 %) unkundig hinsichtlich der Bedeutung von politi-

schen FunktionsträgerInnen in der Landeshauptstadt zeigten.

Versucht man die politischen Repräsentanten nach ihrem Zugehörigkeits- oder Funktionsbereich zu bündeln, dann zeigt sich folgendes Bild: Unter den sechs Mitgliedern des hauptamtlichen Magistrats ragt Oberbürgermeister Diehl als besonders bedeutender Politiker heraus. Dies ist in Anbetracht seiner weiter oben beschriebenen wichtigen Funktionen nicht erstaunlich. Als *"Shooting-Star"* könnte man dagegen Bürgermeister Goßmann bezeichnen, der es innerhalb eines Jahres geschafft hat, daß 14 % der Befragten ihn in den Kreis der *"VIP's"* wählten.





↳ politische FunktionsträgerInnen ...

Auch die Umweltdezernentin, von der etwa doppelt so viele Personen wie von der Stadtkämmerin sagen, daß sie zu den bedeutenden KommunalpolitikerInnen zählt, hat einen großen Sprung nach vorne auf der Wichtigkeitsskala gemacht. Kulturdezernent Riedle wie auch Sozialdezernent Hesenauer mußten damit einer der beiden weiblichen Beigeordneten den Vortritt lassen.

Von den beiden Bundespolitikerinnen, die in Wiesbaden beheimatet sind, hat die neue Ministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul ihre Konkurrentin von der **CDU** inzwischen an Bedeutung überundet. 1996 waren Heidemarie Wiczorek-Zeul und Hannelore Rönsch in der Wahrnehmung der BürgerInnen noch etwa gleich auf gelegen. Quasi außer Konkurrenz befinden sich die beiden ehemaligen Oberhäupter von Stadt und Land: Achim Exner und Hans Eichel; letzterer war noch als amtierender Ministerpräsident für die WiesbadenerInnen nicht so wichtig, wie der schon abgetretene Oberbürgermeister Exner gewesen.

Für eine/n (Kommunal-)PolitikerIn ist es natürlich relevant zu wissen, von welchen Bevölkerungsgruppen er/sie anerkannt wird bzw. wo er/sie noch Boden gutmachen kann. Dies soll zum

Abschluß in aller Kürze aufgezeigt werden.

**Oberbürgermeister Diehl** gilt vor allem bei Männern, Älteren, Bessergebildeten, Besserverdienenden sowie bei alteingesessenen WiesbadenerInnen als wichtiger Politiker. Auch Wohneigentümer und BewohnerInnen im und um den Ortskern der alten Vorortsgebiete bescheinigten ihm dies. Dagegen wird er in geringerem Maße von Frauen, Jüngeren (an Jahren wie an Wohndauer), Wenigergebildeten sowie BezieherInnen geringerer Einkommen als nicht so bedeutend wahrgenommen.

**Bürgermeister Goßmann** findet seine Stärken insbesondere bei BezieherInnen höherer Einkommen, BesitzerInnen von Wohneigentum und den mitten im Leben Stehenden (45 bis 59jährigen) bestätigt, während er vom Gros der WohnungsmieterInnen für nicht so wichtig gehalten wird.

**Umweltdezernentin Hinninger** bescheinigten in stärkerem Maße Männer, WiesbadenerInnen im Alter zwischen 30 und 44 Jahren sowie Bessergebildete, zu den fünf wichtigsten PolitikerInnen in der Landeshauptstadt zu gehören. Dagegen sind Frauen und RentnerInnen weniger von ihrer Relevanz überzeugt.

## ↳ Resümee

Für die anderen hauptamtlichen Magistratsmitglieder sind Aussagen dieser Art insofern schwierig, weil sie in der Wichtigkeitsskala insgesamt von einer geringen Anzahl von Befragten genannt wurden, so daß sich eine weitere sozialstrukturelle Differenzierung verbietet.

### **RESÜMEE**

Zum Verhältnis von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung läßt sich in der Landeshauptstadt aufgrund der empirischen Befunde des **WIESBADENER LOKALBAROMETERS** folgendes festhalten:

- Das **Interesse am kommunalpolitischen Geschehen** ist zum einen abhängig vom Alter (je jünger der Befragte, desto geringer die politische Anteilnahme), zum anderen im Laufe der letzten 12 Jahre gestiegen. Waren es 1986 noch 44 % der Befragten, die kaum Anteilnahme an der Kommunalpolitik in der Landeshauptstadt bekundeten, so waren es 1998 nur noch halb soviel.
- Die **BürgerInnen beurteilten die Arbeit von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat** mehrheitlich (51 %) positiv, d. h. die Kritiker waren in der Minderheit. Zu den

Kritikern zählten in überdurchschnittlichem Maße ökonomisch Potente und in der Tendenz auch gebürtige WiesbadenerInnen.

- **Die jetzige Machtkonstellation** im Rathaus, eine rot-grüne Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung und ein CDU-Oberbürgermeister, wurde ebenfalls von der Mehrheit der Bürgerschaft (54 %) positiv empfunden; sie stufte diese politische Konstellation als gut für die Landeshauptstadt ein. Gegenteiliger Meinung waren 38 % der Befragten; zu ihnen gehörten wiederum in überdurchschnittlichem Maße ökonomisch Potente. Zu diesen gesellten sich noch Bessergebildete, langjährig in Wiesbaden Wohnende und Berufstätige generell.
- Die **Einflußmöglichkeiten auf das kommunalpolitische Geschehen** wurden dagegen als sehr begrenzt angesehen, nur 31 % der WiesbadenerInnen konnten gute Partizipationschancen im lokalpolitischen Bereich ausmachen. Zu den "*Machtlosen*" zählten sich vermehrt Ältere (ab 60 Jahre), sozial-ökonomisch schwächere Personen und gebürtige WiesbadenerInnen. Über die Jahre gesehen, scheinen sich die BürgerInnen über ihre Mitwirkungs-

chancen im kommunalpolitischen Geschäft klarer geworden zu sein. Denn diejenigen, die ihre Einflußmöglichkeiten noch nicht ausloten konnten, haben sich im Laufe der letzten 12 Jahre sukzessive verringert.

- Neben der Beurteilung der politischen Konstellationen wurde auch die Meinung der WiesbadenerInnen zur personellen Situation eingefangen. Der oberste Funktionsträger der Landeshauptstadt stand dabei an erster Stelle. 64 % der Befragten war **der Oberbürgermeister** namentlich bekannt. Einen höheren Bekanntheitsgrad als im Durchschnitt hatte der Oberbürgermeister bei folgenden Bevölkerungskreisen: Bei den älteren WiesbadenerInnen zwischen 45 und 74 Jahren, den Alteingesessenen und sozio-ökonomisch Potenten. Weniger namentlich bekannt war das Stadtoberhaupt dagegen bei den jüngeren EinwohnerInnen (18 bis 29 Jahre), den sozial-ökonomisch Schwächeren und solchen Personen, die noch nicht so lange in Wiesbaden wohnen.
- Zweidrittel der befragten WiesbadenerInnen äußerten sich über den höchsten Funktionsträger der Stadt positiv; der jetzige Oberbürgermeister Diehl ist für sie eine gute Entscheidung für Wiesbaden. Nur jeder Fünfte war gegenteiliger Meinung. Eine hohe Wertschätzung erfuhr der Amtsinhaber dabei bei älteren Personen, gebürtigen WiesbadenerInnen und Alteingesessenen sowie bei Wohneigentümern. Bessergebildete, Angehörige der Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahren muß man dagegen zu dem Personenkreis zählen, bei dem der Oberbürgermeister auf keine gute Resonanz gestoßen ist.
- Die Wiesbadener wurden auch danach gefragt, wer ihrer Meinung nach **die fünf wichtigsten PolitikerInnen** in der Landeshauptstadt sind. Aufgrund dieser Funktion der Stadt konkurrieren in der Wahrnehmung der BürgerInnen die Repräsentanten der verschiedenen Politikerebenen. Dieser Sachverhalt tat jedoch der Tatsache keinen Abbruch, daß von keinem/r (Landes-/Bundes-) PolitikerIn der Funktion und Person des Oberbürgermeisters Relevanz und Popularität streitig gemacht werden konnten. Denn mit Abstand am häufigsten wurde Hildebrand Diehl als wichtigster Politiker der Landeshauptstadt genannt. Auf der Relevanzskala folgten dann die bei-

↳ **Resümee**

den in Wiesbaden wohnenden Bundestagsabgeordneten, der Stadtentwicklungsdezernent und auch der Alt-Oberbürgermeister wurde genannt. Unter den hauptamtlichen

Magistratsmitgliedern haben vor allem der Bürgermeister und die Umweltdezernentin an Bedeutung gewonnen.

*Bearbeiterin: Dr. Britta Dollinger*